

# FPÖ, BZÖ: Voller Einsatz – für die eigene Geldtasche

## Die Abkassierer

- 1,4 Mio. Euro jährlich Förderung für neu erfundenen „Kärntner Klub“ im Nationalrat.
- 600.000 Euro Förderung für EU-Mandat von Ewald Stadler. Dieser hatte im Juni 2009 versichert, er wolle das Mandat keinesfalls annehmen. Es ist dem BZÖ nur aufgrund des Lissabon-Vertrags zugesprochen worden.
- Mehrfachfunktionär Grosz verdient über 10.000 Euro als Nationalratsabgeordneter und Gemeinderat in Graz. Selbst bei einem teilweisen Verzicht liegt er damit weit über der von Jörg Haider einst ausgerufenen Einkommensgrenze von 60.000 Schilling (4360 Euro).
- Über 500.000 Euro kostete der Polizeischutz für die Grazer FPÖ-Kurzzeitstadträtin Susanne Winter. Wenige Monate nach Amtsantritt wurde sie gerichtlich verurteilt.
- In Kärnten gönnte das BZÖ nach der Landtagswahl 2009 allen Parteien eine kräftige Erhöhung der Parteienförderung. Am meisten bekam das BZÖ selbst: von 17 auf 25,2 Mio. Euro, das bedeutet ein Plus von 40 Prozent bei der Parteienförderung.

## Die Täuscher

- Seit der Trennung von FPÖ und BZÖ wechseln Funktionäre immer wieder zwischen den beiden Parteien hin und her oder gründen, siehe „FP Kärnten“, neue Gruppierungen. So ist ein Maximum an Fördermitteln garantiert.
- Nach der verlorenen EU-Wahl im Juni 2009 versicherte BZÖ-Spitzenkandidat Stadler, auch im Falle einer Aufstockung der Mandate seinen Parlamentssitz nicht anzunehmen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 600.000 Euro.
- FP-Chef Strache legte 2006 eine eidesstattliche Erklärung vor, „keinerlei Plattformen mit einem BZÖ“ einzugehen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 1,4 Mio. an Parteienförderung.
- Karl-Heinz Grassler wandelte sich vom FPÖ-Politiker zum BZÖ-Anhänger zum ÖVP-Minister, um schließlich in Julius Meinls Finanzimperium Unterschlupf zu finden. Grasslers Freunde und Bürokollegen Peter Hochegger und Walter Meischberger kassierten im Rahmen der Verscherbelung der BUWOG-Wohnungen während Grasslers Amtszeit 10 Mio. Euro an Provisionen.
- FPÖ-Parlamentspräsident Martin Graf wirtschaftete 2006 das einst angesehene Forschungszentrum Seibersdorf herunter, dann verließ er das sinkende Schiff – aber nicht ohne 220.000 Euro Abfertigung und eine Prämie in der Höhe von 50.000 Euro.

## Die Hintermänner

*FPÖ und BZÖ geben gerne vor, sich um die „kleinen Leute“ zu kümmern. In Wirklichkeit ziehen in diesen Gruppierungen Banker und Multimillionäre die Fäden.*

- Der neoliberale Milliardär Thomas Prinzhorn war 1999 Spitzenkandidat der FPÖ.
- Der Bankmanager und Monarchist Matthäus Thun-Hohenstein wurde vom BZÖ im EU-Wahlkampf als Kandidat aus dem Hut gezaubert.
- Ex-FPÖ-Vizekanzlerin Riess-Passer ist seit 2004 Wüstenrot-Generaldirektorin. Dort verordnete sie Teilen der Belegschaft einen „freiwilligen“ Gehaltsverzicht. Sie selbst ist davon nicht betroffen.
- Ex-Veit Schalle, 2006 BZÖ-Kandidat auf dem zweiten Listenplatz hinter dem rechtskräftig verurteilten Straftäter Westenthaler, war bis zu seiner Pensionierung als Generaldirektor von Billa/Merkur/Penny Markt einer der einflussreichsten Manager Österreichs.
- Harald Fischl, Wienerwald-Besitzer und Inhaber eines Pflegeheim-Imperiums, ist steirischer BZÖ-Vizechef.
- Der Grazer FPÖ-Stadtrat Mario Eustacchio war vor seiner Amtszeit Banker und Aktienhändler.

## KURZ GESAGT

### Hartz IV auf österreichisch

Die Mindestsicherung wird immer mehr zur Täuschung. Ursprünglich versprach man rund 1000 Euro 14 Mal pro Jahr, jetzt ist nur noch von 733 Euro pro Monat die Rede, die ab Mitte 2010 die Sozialhilfe ablösen sollten. Doch selbst das ist schon wieder hinfällig, wie im Landhaus zu hören war. Wann eine echte Mindestsicherung kommt, steht in den Sternen.

### Landtag gegen ÖBB-Pläne

Das Management der mittlerweile in 15 Firmen zerlegten Bundesbahn möchte nicht nur zahlreiche Zugverbindungen streichen, sondern auch den Güterverkehr von der Schiene wieder auf die Straße verlegen. Ein KPÖ-Antrag gegen diese Fehlentwicklungen bei den ÖBB wurde einstimmig angenommen. Die Direktverbindung Graz-Linz bleibt, das Land muss dafür aber zahlen.

### 100 Millionen verloren

Die österreichische Bank Kommunalkredit – auch sie musste vor dem Konkurs gerettet werden – hat sich an den Bauprojekten in Dubai mit 100 Millionen Euro an Krediten beteiligt. Jetzt ist Dubai in massive Geldnöte geraten. Eigentlich wäre es Aufgabe der Kommunalkredit – wie der Name schon sagt – österreichischen Gemeinden Kredit zu geben.

### Bankomatgebühr

Wieder gibt es einen Anlauf der Banken, uns noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen: Die Raiffeisen Landesbank Tirol startete im November den Anlauf, eine Gebühr auf Behebungen von „fremden“ Bankomaten einzuheben. Die Banken holten Milliarden vom Staat – und so noch ein Körbergeld von uns.

